

Resolution zum Landesparteitag in Greding am 13. und 14.01.24

## **Energiewende-Desaster beenden, Versorgungssicherheit wiederherstellen - Mit grundlastfähiger Kernenergie in die Zukunft**

Die politisch erzwungene Energiewende hin zu einer wetterabhängigen Stromversorgung hat Deutschland in einen gefährlichen Mangel an gesicherter Leistung und damit in die Abhängigkeit von Stromimporten aus dem Ausland geführt. Die technischen Auswirkungen dieser zerstörerischen Energiepolitik haben zwischenzeitlich bedrohliche Ausmaße angenommen: In den vergangenen Wochen mussten in der Spitze bis zu 10,7 Gigawatt elektrische Leistung importiert werden - dies entspricht etwa sieben Kernkraftwerken.

Während der deutsche Kraftwerkspark bis vor wenigen Jahren ein Garant der Versorgungssicherheit innerhalb des europäischen Verbundsystems war, wurde Deutschland infolge des Kohle- und Atomausstiegs zum energiepolitischen Krüppel.

Das ideologische Märchen über ein Energiesystem basierend auf erneuerbaren Energien hat sich als weltfremde Illusion herausgestellt: Aufgrund regelmäßiger Leistungseinbrüche bei Windkraft und Photovoltaik mussten unsere verbleibenden Kohle-, Öl- und Gaskraftwerke in den vergangenen Wochen bis zu 80 Prozent der deutschen Stromerzeugung übernehmen. Ohne die bewährten konventionellen Kraftwerke wären die Lichter in Deutschland diesen Winter bereits ausgegangen.

Zusätzlich zu den technischen Verwerfungen hat die Energiewende infolge einer planwirtschaftlichen Subventionspolitik zu massiven Preissteigerungen geführt. Die marktverzerrende Förderung der erneuerbaren Energien hat sich im Strommarkt als Preistreiber für Privatkunden, Industrie und Handwerk herausgestellt – mit verheerenden Folgen für die gesamte Gesellschaft. Grüne Energiepolitik gefährdet damit den Industriestandort Deutschland und überfordert Privathaushalte mit überbordenden Kosten.

Diese energiepolitische Katastrophe lässt sich nur mit einer sofortigen Ausweitung der inländischen Stromproduktion mittels grundlastfähiger Großkraftwerke beheben. Der gesamte Reserve-Kraftwerkspark muss reaktiviert werden, weitere Abschaltungen sind zu untersagen.

Zusätzlich ist ein staatliches Programm zum Wiedereinstieg in die Kernenergie zwingend erforderlich. Nachdem die vorhandenen Kernkraftwerke bereits rückgebaut werden und von Seiten der Betreiber eine Reaktivierung ausgeschlossen wurde, ist der Wiedereinstieg in die Kernkraft auf allen politischen Ebenen voranzubringen.

### **Wir fordern daher:**

- 1. Ein Verbot weiterer Stilllegungen von grundlastfähigen Kraftwerken unabhängig vom verwendeten Energieträger in enger Abstimmung mit der Bundesnetzagentur**

- 2. Ein staatliches Programm zum schnellstmöglichen Wiedereinstieg in die Kernenergie unter Einbeziehung bisheriger oder neuer Betreibergesellschaften**
  - a. Falls auf Bundesebene der Wiedereinstieg blockiert wird, muss ein bayerischer Alleingang geprüft werden**
  - b. Prüfung, ob der Rückbau der existierenden Kernkraftwerke gestoppt und diese wieder in Betrieb genommen werden können**
  - c. Prüfung, welche bestehenden oder zusätzlichen Standorte für neue Kernkraftwerke in Frage kommen**
  - d. Prüfung, mit welchen Kerntechnologien und Unternehmen dies möglich ist**
- 3. Die Einrichtung von Lehrstühlen für Kerntechnik mindestens an allen technischen Universitäten der Bundesrepublik**
  - a. Einrichtung von Lehrstühlen an weiteren bayerischen Hochschulen**
  - b. Intensivierung der Forschung über jährlich steigende Forschungsausgaben**
  - c. Mittelbereitstellung von Forschungsgeldern durch EU, Bund und Landesregierung ermöglichen**
  - d. Forschung zu bekannten und neuen Kerntechnologien (Schnelle Reaktoren, Dual Fluid, Generation IV)**
  - e. Insbesondere Forschung zur Wiederverwendung bereits abgebrannter Kernbrennstäbe**
- 4. Die Kernfusion mit nationalen und internationalen Partnern in Bayern auf allen Ebenen voranbringen.**

**Begründung:**

Die Energieversorgung muss grundlastfähig bleiben und darf nicht wetterabhängig sein. Der Wiedereinstieg in die Kernkraft ist im internationalen Kontext folgerichtig und wird zur Erhaltung des Industriestandorts Deutschland beitragen.